

Liebe Friedensfreundinnen, liebe -Friedensfreunde,

Wir brauchen Rüstungskonversion!

In der Grugahalle sitzen Vertreter der weltgrößten Rüstungskonzerne und netzwerken, wie sie die militärische Luft- und Weltraumüberlegenheit der NATO erreichen können - Rheinmetall sitzt mittendrin!

Mit ihrer Strategie verursachen sie Raubbau an den Ressourcen der Erde und der Menschen und an unserem Sozial, Bildungs- und Gesundheitsbudget.

Die Bundesregierung stellt die Kriegsertüchtigung, oder präziser gesagt, die Kriegsvorbereitung, in den Vordergrund ihrer Politik;

konkret auch durch den milliardenschweren Ausbau der militärischen Infrastruktur,

In den letzten Jahren wurde die militärische Infrastruktur auch in Kalkar/Uedem mit Unsummen ausgebaut.

Ich spreche von Unsumme, weil die Bundesregierung und die Nato ihre entsprechenden Aufwendungen nicht offenlegen.

Das verurteilen wir, denn es es ist unser Steuergeld, mit dem sie hantieren

Wir sind auf Schätzungen angewiesen:

Luftwaffen-Standort Kalkar/Uedem: Schon vor der Eskalation der Ukrainekrieges, vor 5 Jahren, schrieb die Bundeswehr dass bis 2030 circa 200 Millionen in den Standort fließen sollen.

Poschwatta berichtet das weitere 150 Mio euro konkret eingeplant sind,

Das ist sicher nicht alles, und alleine durch diese Angaben nähern sich die Kosten für den Standort der halben Milliarde.

Das alles auf Kosten der Daseinsvorsorge der Bevölkerung

Bei uns wird gekürzt aber der Tötungsmaschinenpark überall in Deutschland soll perfektioniert werden!

500 Milliarden Euro sollen im ersten Schritt dafür "mobilisiert" werden,

in Zukunft jährlich fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukt.

Das ist fast die Hälfte unserer jährlichen Steuergelder

Herstellen sollen ihn Beschäftigten in Rüstungsschmieden wie Rheinmetall, zunehmend aber auch bisher zivil Beschäftigte wie bei VW in Osnabrück oder Alstom in Görlitz.

Wenn das Kriegsgerät zur Verfügung steht, soll Deutschland wieder große Kriege führen können.

Blackrock Kanzler Merz nennt das "mehr Verantwortung in der Welt übernehmen"

er will die Bundeswehr zur stärksten Armee in Europa machen.

Für Aktionäre winken riesige Profite.

Das wissen wir aus der Vermögensentwicklung deutscher Aktiengesellschaften in den Kriegsjahren 1933 - 1942.

Die Deutsche Bank oder der Stahlkonzern Hoesch verdoppelten ihre Vermögen in dieser Kriegszeit.

Wir sagen: Nicht schon wieder die Krise mit Krieg lösen!

Um heute Skepsis, Unmut, Proteste in Bevölkerung und Gewerkschaften zu minimieren soll die ökonomische Krise der Deindustrialisierung und Überproduktion mit Rüstungskeynesianismua gestoppt werden.

Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie und im militarisierten Bereich der Daseinsvorsorge und Infrastruktur werden "angeboten".

So können gleichzeitig hohe Gewinne für die Aktionär:innen realisiert werden, denn der Staat zahlt beinahe jeden Preis für Rüstungsgüter.

Nur von dem Geld sehen die Beschäftigten nichts.

Aber sie werden eingebunden.

Nicht in die exorbitanten Profiten.

Was sie stattdessen sehen:

Die Herstellung von Panzerteilen oder Kübelwagen anstelle von Autos und Waggons sichert kurzfristig ihren Arbeitsplatz.

Da mit der Überproduktionskrise auch die Erwerbslosigkeit erhöht wurde, wird das Arbeitsplatz-Argument zum Erpressungsargument

Denn die Beschäftigten, die in die Rüstungsindustrie geschleudert werden, sind in erster Linie lohnabhängig Beschäftigte in einer kapitalistisch organisierten Produktion.

Für sie hat der Erhalt ihres Arbeitsplatzes genau die gleiche Bedeutung wie für uns alle.

Die Beschäftigte sehen sich vermutlich ausweglos - allein gelassen - im Kampf gegen die scheinbar übermächtige Kapitalistenklasse.

Was sie brauchen, ist Solidarität in Wort und Tat.

Was wäre die Lösung?

Stehen wir mit hunderten/tausenden Kolleg:innen vor die Toren von Rüstungsbetrieben und kämpfen GEMEINSAM für Übernahme der Werke in die öffentliche Hand

unter demokratischer Kontrolle durch Beschäftigte, Gewerkschaft, gesellschaftliche Konversionsräte vor Ort,

für eine alternative zivile Produktion im Betrieb -

für die sozialökologische Transformation des Wirtschaftssystems.

Noch zu wenige von uns erkennen, dass mit diesen Angriffen auf unsere zivilen Arbeitsplätze - heute noch auf einzelne Betriebe - der Kampf des Kapitals gegen uns alle, die gesamte Klasse vorbereitet wird,

um den für ihre Klasse eventuell notwendigen großen Krieg in der ökonomischen Konkurrenzsituation der Staaten führen zu können.

Denn, so der Bundesverband der Deutsche Industrie, der BDI: "Deutschland und Europa müssen mithilfe einer leistungsfähigen Rüstungsindustrie zur starken Säule einer abschreckungs- und verteidigungsfähigen NATO werden".

Und da sitzen sie nun in der Gruga Halle:

Entweder Schließung von Betrieben und Arbeitslosigkeit oder Panzer Herstellung, das ist die Klassenkampfpapare von oben

Was tun? Wo, was, wann, wie, wofür produziert wird, ist eine Klassenfrage.

Wir alle, die Klasse muss antworten!

Deswegen ist eine gemeinsame gesellschaftliche Friedens-, Umwelt- und Konversionsdebatte und -bewegung zur Ächtung des Krieges. eingebettet die die Diskussion und Unterstützung zur Rüstungskonversion notwendig.

Stahl für Schulen statt für Panzer.

Sanfte Mobilität mit Bussen und Bahnen für den öffentlichen Nah- und Fernverkehr, Klimaschutz, Pflege, Gesundheit, Bildung, Wohnen, mehr Geld für die Städte, und höhere Bezahlung in der Daseinsvorsorge zeigen die Richtung an.

Auch die Kernforderung Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Personal- und Lohnausgleich um Arbeit auf mehr Schultern zu verteilen. Drastische Lohnerhöhungen sind ein weitere Schritt weil so weniger Geld für Rüstungsaufträge zur Verfügung steht.

Würden wir die 86 Mrd.Euro, die allein dieses Jahr in Rüstung und Militär verschleudert werden für solchen Umbau nützen, wäre auch das Geld für höhere Löhne vorhanden.

Und machen wir Mut:

Sagen wir nein zur Hochrüstung

Fordern wir Rüstungskonversion statt Rüstungsproduktion!